

Parallelwelten in Bulgarien

Roma stehen zwischen Gewalt und Politik / Parteien kaufen Stimmen

Sofia. Gewalt gegen Roma und von Roma ist in Bulgarien nichts Ungewöhnliches. Doch was sich jüngst im Wohnviertel Krasna Poljana in der Hauptstadt Sofia abspielte, ging über die üblichen Ausschreitungen deutlich hinaus. Mehrere hundert armselig gekleidete Roma-Männer wüteten zwei Nächte lang mit Macheten, Äxten und Knüppeln. Sie steckten Mülltonnen in Brand, beschädigten Autos und zertrümmerten ein Lokal. Nur der massive Einsatz von Sonderpolizei konnte verhindern, dass trotz der Aufrufe „Tod den Bulgaren!“ niemand getötet wurde.

Seitdem wird in Medien und unter Politikern über die Ursachen des Aufruhrs spekuliert. Die Roma selbst gaben an, sie hätten sich vor Skinheads schützen wollen, von denen sie immer wieder verprügelt worden seien. Die Öffentlichkeit ist so aufgeschreckt, dass Innenminister Rumen Petkow gegen Anstifter und Aufrührer die „volle Härte des Gesetzes“ ankündigte. Zuvor hatte er das Problem sogar mit dem Staatspräsidenten Georgi Parwanow besprochen. Bei der Motivsuche wurden schließlich vor den Kommunalwahlen im Oktober „politische Gründe“ ins Spiel gebracht. Nach dieser Lesart seien die Roma aufgehetzt worden, um die Preise beim üblichen Stimmenkauf hochzutreiben. Es ist seit langem ein offenes Geheimnis, dass sich viele Parteien die Roma-Stimmen etwas kosten lassen. „Diese Stimmen sind eine teure Ware“, weiß Antonina Scheljaskowa. Sie leitet das Zentrum für Minderheitenforschung in dem Balkanland.

Von den 7,6 Millionen Bürgern Bulgariens sind rund 650 000 Roma, hat das Zentrum errechnet. Die Arbeitslosenquote beträgt bei ihnen 71 Prozent. Zwei Drittel von ihnen müssen mit weniger als 100 Lewa (51 Euro) im Monat auskommen, rund 68 Prozent schaffen keinen Schulabschluss. „Es sind zwei parallele Welten“, beschreibt Scheljaskowa das gestörte Zusammenleben der Roma mit den slawischen Bulgaren. Unter dem Druck der Europäischen Union wurden zahlreiche Projekte zur Integration der Roma auf den Weg gebracht. Doch die Vorurteile konnten nicht vermindert werden, stellt Scheljaskowa fest. Im Gegenteil. Die neue Förderung lässt die slawischen Bulgaren immer lauter klagen, die Roma stünden „über dem Gesetz“.

Als Reaktion ist in drei Städten jetzt eine nationalistische „Garde von Freiwilligen“ gegründet worden. Selbstgestecktes Ziel ist der „Schutz des Lebens, des Eigentums und der Familien der Bürger“ vor dem „Terror der Zigeuner“. Doch erinnern die Uniformen der Radikalen wohl nicht zufällig an die der Hitler-Jugend. *Elena Lalowa, dpa*